

Er scheint wöchentlich einmal: Freitag.
 Ausgaben: Die 6 gespaltene Bergstraße 20 Pfennig.
 Im Abonnement aber bei Mitgliedschaft entsprechend billiger.
 Inhalt der Ausgaben: Sonntag 20 Pfennig.

Die Stimme

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
 Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste.
 Redaktion und Expedition: Am a./Donau, Neißerstraße 14, Telefon 1442.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

Verlag: Berlin NO., Greifswalderstraße 231/23. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Nummer 47/48.

Mittwoch, den 29. November 1918.

29. Jahrgang

Inhalt: Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften! — Sünden in die Organisation! — Unsere heimgekehrten Krieger. — Gegen die wirtschaftliche Revolution. — Feuilleton: Wohnung und Krankheit. — Rundschau: Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften! — An die Arbeiter und Angestellten von Heer und Marine! — Vereinbarung zwischen den Arbeiterorganisationen und Arbeitgeberverbänden. — Ein Stück Wohnungsreform, das nichts kostet. — Aus den Ortsvereinen: Schwandorf. — Aus der Rechtsprechung: Unfälle von Forstarbeitern auf dem Wege zur Arbeitsstätte sind keine Unfälle im Betriebe. — Patentschau. — Literatur. — Amtliche Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften!

Das deutsche Volk durchlebt jetzt die schwerste Zeit seit Ausbruch des Krieges. Es steht mitten in der gewaltigsten Revolution. Ihre völlige Umwälzung hat sich vollzogen, die in ihrer Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Jeder Tag, jede Stunde bringt neue Ereignisse, deren Folgeerscheinungen in ihrer Tragweite nicht zu übersehen sind.

Jetzt ist es Pflicht jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau, den gegebenen Verhältnissen zunächst Rechnung zu tragen und alle Maßnahmen tatkräftig zu unterstützen, welche geeignet sind, Ruhe und Ordnung zu schaffen, das Wirtschaftsleben wieder in friedliche Bahnen zu lenken und vor allen Dingen die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Den Anordnungen der gegenwärtigen Reichsleitung und der örtlichen Behörden muß deshalb unbedingt Folge geleistet werden. Wo Kollegen zur Mithilfe aufgefordert werden, müssen sie sich zur Verfügung stellen.

Weiter gilt es, unsere Organisation unter allen Umständen hochzuhalten. Hat sie die Stürme des Kriegs überdauert, muß sie auch über die jetzige Krise hinweggebracht werden. Das wird und muß gelingen, wenn jedes Mitglied daran denkt, daß wir die Organisation gerade für die nächste Zukunft nicht entbehren können. Darum, Kollegen und Kolleginnen, schließt die Reihen fester, rückt enger aneinander und sorgt überall für Einigkeit und Zusammenhalt.

Alles für das Vaterland und die Organisation!
Der geschäftsführende Ausschuss.
 Gustav Hartmann. Rudolf Klein. Leonor Lewin.
 Franz Neustedt.

Hinein in die Organisation!

Mit voller Gewißheit kann jetzt angenommen werden, daß wir in absehbarer Zeit Frieden haben werden. Dann folgt eine Zeit der Uebergangswirtschaft, wie man die Periode genannt hat, die uns allmählich wieder zu normalen Verhältnissen hinüberleiten soll. Das Maß der Schwierigkeiten, welche diese Uebergangszeit notwendig im Gefolge haben muß, läßt sich nicht genau feststellen. Aber darüber ist man sich völlig klar, daß gewaltige Aufgaben zu lösen sind, an deren Erfüllung ohne Mithilfe der bewährten Arbeiterorganisationen nicht gedacht werden kann. Denn die hier und da vertretene Ansicht, die Kriegswirtschaft werde sich ebenso schnell und leicht in die Friedenswirtschaft umstellen lassen, wie es umgekehrt nach Ausbruch des Krieges der Fall war, ist irrig. Wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, wird sich die Demobilisation viel schneller vollziehen, als die Einberufungen erfolgt sind. Das Material für die Wiederaufnahme vieler Betriebe aber wird fehlen, sowohl was die Maschinen wie die Rohstoffe anbetrifft; dazu Millionen von Männern, die aus dem Felde heimkehren, die arbeiten wollen und arbeiten müssen, wenn sie sich und ihre Familien ernähren wollen. Zu welchen Umständen müßte es da führen, wenn nicht systematisch und planvoll gearbeitet, wenn nicht eine straffe Organisation dabei durchgeführt würde! Denn der Wunsch, die alte Arbeitsstelle wieder einzunehmen, wird sich nur in bescheidenem Maße erfüllen lassen, einmal weil aus den bereits angeführten Gründen manche Betriebe nicht gleich wieder in Gang gebracht werden können, andererseits weil viele eingezogen oder mit andern verschmolzen worden sind. Und viel andere Schwierigkeiten treten hinzu. Man denke nur an die zweckmäßige Unterbringung der Kriegswunden, an die zahlreichen Frauen, die nach Verlust ihres Ernährers auf ihrer Hände Arbeit angewiesen bleiben!

Wie man bei der Durchführung der Kriegswirtschaft die Mitwirkung der Arbeitnehmerorganisationen nicht hat entbehren können, so wird man, sogar noch in viel erheblicherem Maße sie nicht entbehren können bei der Lösung der schwierigen



Unsere heimgekehrten Krieger

den heldenhaften Verteidigern unserer Grenzen, die bis zuletzt siegreich den Feind von unserem Heimatland fernhielten, rufen wir ein herzliches

Willkommen!

entgegen und danken ihnen namens der Heimat für ihre Tapferkeit, Ausdauer und Treue.

Wir dürfen hoffen, daß sie sich recht bald wieder beim Gewerkschaftsverein anmelden. Geschieht dies in der sachgemässen Frist von 4 Wochen, treten die Kollegen in Ihre alten Mitgliederrechte wieder ein. Die Ortsvereinsverwaltungen haben sich gleich nach unsere heimgekehrten Krieger zu erkundigen und ihnen zu helfen mit Rat und Tat. Auch sie müssen allen freudig zurufen: **Tretet wieder ein in unsere Gewerkschaft!**

Der Hauptvorstand.



gen Probleme, die sich uns in der kommenden Zeit entgegenstellen. Die harte Zeit des Krieges hat so manchen Gegner der Arbeiterorganisation von ihrem falschen Urteil bekehrt. In denkenden Kreisen besteht längst kein Zweifel mehr darüber, wie segensreich die Organisationen für das Volkswohl gewirkt haben, daß sie soziale Notwendigkeiten sind, die, wenn sie nicht glücklicherweise schon bestanden hätten, unverzüglich hätten ins Leben gerufen werden müssen. Man hat denn auch mit Anerkennung für ihre segensreiche Tätigkeit während des Krieges nicht gespart. In den Parlamenten ist wiederholt von den höchsten Regierungsstellen das Lob der Organisationen gelungen worden, die Behörden haben ihren Vertretern weiter die Türen geöffnet, und bei der politischen Neuordnung der Dinge hat man Arbeiterführer in hervorragende Stellen gebracht. Selbst diejenigen, denen die Anerkennung der Organisationen von ihrem Herrenstandpunkte bisher ein Grauel war, die westdeutschen Kohlenmagnaten, haben klein beigeben sich verstehen und in mündlicher Verhandlung mit den Bergarbeitervertretern die bisher verweigerte Anerkennung der Organisationen auszusprechen müssen. Wahrscheinlich eine stolze Genugtuung für diejenigen, die viele Jahre lang um diesen Preis gekämpft haben! Der Krieg hat sich auch hier als strenger Erzieher erwiesen.

Umso bestreblicher muß es anmuten, daß es in der Arbeiterklasse noch immer breite Kreise gibt, die sich von dem Wert und der Bedeutung der Organisationen nicht haben überzeugen lassen, die ihr teilnahmslos gegenüber stehen und an den Zusammenschluß mit ihren Berufs- und Standeskollegen noch nicht gedacht haben. Manches einer von ihnen mag sich wohl von dem Gedanken leiten lassen: Ach was, wozu brauche ich mich zu organisieren und Beiträge zu bezahlen, da doch die Organisationen für mich mit schaffen! Ganz abgesehen davon, daß es unwürdig ist, andere für sich arbeiten und Opfer bringen zu lassen, vergeht der Betreffende, daß je größer eine Organisation ist, sie umso stärkeren Einfluß auszuüben vermag. Und weiter darf doch nicht außer Acht gelassen werden, wenn jetzt Millionen den Arbeitsmarkt überfluten und ein erheblicher Teil unorganisiert ist, gerade dieser Teil einen Druck auf die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen auszuüben vermag, der für die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterklasse von den verhängnisvollsten Folgen sein muß. Alles das muß man sich einmal vergegenwärtigen und wird dann zu dem Erkenntnis gelangen, daß alle Kräfte angespannt, alle Hebel angelegt werden müssen, um gerade jetzt Breche zu legen in die Mauer der Unorganisierten, die die vorwärtstrebende Arbeiterschaft wie ein Bleigewicht am Fortkommen hindern. Viele Kollegen haben sich bisher diese Zusammenhänge offenbar noch

nicht genügend klargemacht, sonst hätten sie energischer die Aufklärungs- und Werbearbeit betrieben, sonst würde die Mitgliederzunahme, die erfreulicherweise ja zu verzeichnen ist, viel stattlicher sein. In manchen Landesteilen zählen die Neuaufnahmen nach vielen Tausenden, in anderen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich anders gelagert sind, bleiben sie weit dahinter zurück oder sind ganz ausgeblieben. Für diese auffallende Erscheinung gibt es kaum einen anderen Grund, als daß die Kollegen eben nicht überall mit demselben Ernst und Eifer auf die Gewinnung neuer Mitglieder bedacht sind. Das würde aber eine verhängnisvolle Verkennung der Tatsachen bedeuten, die sich demaltest schwer rächen könnte.

Wir haben schon vorhergeklärt, aus welchen Gründen alles getan werden muß, um die Schar der Unorganisierten möglichst zu verkleinern. Der Unorganisierte bleibt eben der wirtschaftliche Feind der Organisierten. Aber noch ein anderes Moment ist zu beachten. Der organisierte Arbeiter erhält in seinem Gewerkschaftsverein eine gewisse Schulung und innere Festigung. Er lernt die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennen und versteht und ordnet sich ganz von selbst einer gewissen Disziplin unter. Der Unorganisierte besitzt diese Vorzüge nicht. Er ist nicht so geschult, wird nicht so schnell und zuverlässig unterrichtet über die Vorgänge und Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens. Es fehlt ihm der innere Halt, er ist allen möglichen Einflüssen zugänglich und läßt sich bald so, bald so leiten. Solche schwankenden Gestalten aber bilden gerade in den jetzigen schweren, sturmdurchdrungenen Zeiten eine große Gefahr für die öffentliche Ordnung. Es fehlt ihnen das nötige Verantwortungsgefühl, und gerade an diesen Elementen muß man sich auf Schritte gefaßt machen, deren Folgen nachher der gesamten Arbeiterschaft zur Last gelegt werden. Wer sich also des Ernstes der gegenwärtigen Zeit in vollem Maße bewußt ist, wer zu seinem Teil mit dazu beitragen will, daß die ungeheure Umwälzung, die wir auf allen Gebieten des politischen und sozialen Lebens sich vollziehen sehen, in geordneten Bahnen vor sich geht, damit wir alle recht bald wieder unserer friedlichen Beschäftigung nachgehen können, der Sorge vor allem dafür, daß die Zahl der Indifferenten verringert, die Zahl der Organisierten vermehrt wird. In unserem Gewerkschaftsverein findet jeder Arbeiter das, was eine Organisation zu bieten vermag, die harte Kriegszeit hat bewiesen, daß wir neben den andern Richtungen sehr wohl bestehen können und bestehen müssen. Darum nicht gefasst, sondern alles daran gesetzt, unsere Reihen zu stärken, damit wir bei der weiteren Neuordnung der Dinge ein umso gewichtigeres Wort in die Wagschale werfen können.

In unserem öffentlichen Leben spielen sich augenblicklich Ereignisse ab, die noch vor wenigen Monaten niemand für möglich gehalten hätte. Und jeder Tag, ja jede Stunde bringt etwas anderes, wirft neue schwierige Probleme auf. Jetzt in der Erscheinungen Flucht steht die Organisation, um dem Arbeiter auch in der Zukunft einen Rückhalt in allen Lagen des Lebens zu bieten. Stärken wir diesen Rückhalt nach besten Kräften, indem wir mit aller Ueberzeugungskraft den Indifferenten immer und immer wieder vernehmlich zu Gemüte führen: **Hinein in die Organisation! Hinein in die deutschen Gewerkschaften!** (Gewerkschaften.)

Gegen die wirtschaftl. Revolution.

In einer öffentlichen Volksversammlung, die am Freitag, den 15. November, in Ulm stattfand und von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei einberufen worden war, forderte als Referent und Parteimitglied der jetzige Leiter des württembergischen Ministeriums des Innern Arthur Crispian und der damalige Leiter des Kriegswesens Albert Schreiner zum Kampf für die wirtschaftliche Revolution auf. Von der Rede unseres Kollegen, Arbeitersekretär und Bezirksleiter Barnholt-Ulm bringen wir jenen Teil, der sich gegen diesen Kampfruf wandte. Er sagte:

„Für alle, die sich auf dem Boden der neuen Verhältnisse stellen, erhebt sich die erste Frage: Wollen wir halten was ist, und alle unsere Kraft anwenden, um unserem Vaterlande bessere Tage zu bringen, oder hält man es für richtig, durch überspannte, überhabile Forderungen den Bogen so lange zu spannen, bis er reißt und ein Rückschlag uns einen Schaden zufügt, der unübersehbar ist?“

Wir haben gesehen den Leiter des württembergischen Kriegswesens gehört, der erklärte, daß er sich in dem Chaos der vielen Räte nicht mehr auskenne und nicht wisse, was werden würde, trotz alledem er nach der wirtschaftlichen Revolution ruft. Ich kann nur bedauern, einen Mann mit einer solchen Geistesverfassung auf solche verantwortungsvollen Posten zu sehen. Ich verkenne auch nicht das schwierige Problem

* Tags darauf hat Albert Schreiner sein Amt als Leiter des württ. Kriegswesens niedergelegt.

der Arbeitslosigkeit und muß täglich fest mitarbeiten, um bittere Not von Arbeitslosen fern zu halten, aber ich hätte wahrhaftig nicht gedacht, daß ein Arbeitsmangel zuerst der Minister des Innern treffen würde. Ich wende mich nicht dagegen, daß ein Minister unter das Volk geht und Reden hält; aber in einer Zeit wie die heutige, sollte ein Minister ernstere Aufgaben finden, als durch Reisen und agitatorische Versammlungen reden zu müssen. Die wirtschaftliche Revolution ist ein Ereignis, das die Welt nicht ohne einen Bürgerkrieg nicht ab und vor diesem bewahre uns unser Schicksal. Die Zeiten sind zu ernst u. die Not des deutschen Volkes ist zu groß, als daß man mit Schlagworten oder mit einer Rede von 20 Minuten die schwersten Probleme unseres Wirtschaftslebens lösen könnte. Mit dem Satz: Die wirtschaftliche Revolution muß uns den wahren Sozialismus bringen zur Erlösung der Menschheit! ist nicht zu helfen, das Letztere kommt nicht. Wie viele wissen trotz aller Propaganda, was das bedeutet, sind in der Lage, Dichtung und Wahrheit von einander zu unterscheiden.

Die Volkswirtschaft verdankt ihr Entstehen nicht bloß wirtschaftlichen, sondern betanntlich auch politischen Einwirkungen. Ich will keine volkswirtschaftliche Vorlesung halten, will auch nicht auf die Zeit der mittelalterlichen Zünfte zurückgreifen, aber ich bitte, sich doch kurz an die Zeit der Merkantilismus, an die Volkswirtschaft des absoluten Kolonialreiches zu erinnern. Wenn damals sich auch nicht alle Fürsten das Wort Ludwig XIV. von Frankreich „Der Staat bin ich“ zu eigen machten, so sahen doch alle sich als die Landesväter an, die für ihre Landeskinder mit dem beschränkten Untertanenverstand sorgen mußten. Mit Privilegien und Zwangsgesetzen griff man in das Wirtschaftsleben des Staates ein, um es anzuregen und zu fördern, allerdings oft weniger wegen des Volkes und Gewerbes, sondern um sich eine steuerfähige Einwohnerschaft zu verschaffen. Der Hauptzweck der alten Kleinstaaten war damals noch, für die Hofhaltung der Fürsten zu sorgen. Die Förderung des Gewerbetreibens durch staatliche Zwangsmaßnahmen war für die damalige Zeit sicher noch notwendig und es soll auch nicht bestritten werden, im gewissen Sinne segensreich. Aber mit der Entwicklung des Wirtschaftslebens, mit dem Fortschreiten der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, mit dem Erwachen des Selbstbewusstseins des Volkes wurde der staatliche Absolutismus unhaltbar. Ich will nicht auf die Kämpfe um verfassungsgemäße Volksrechte eingehen: sie sind bekannt und ich beschränke mich auf die wirtschaftliche Betrachtung der Dinge. Als man anfangs, die wirtschaftlichen Zwangsjoch als hemmend und drückend zu empfinden, da erdriech der physiokratische Aufbruch des alten Liberalismus nach Freiheit. Persönliche Freiheit war das Schlagwort! Jeder wollte von allen staatlichen Beschränkungen befreit werden und in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit nach eigenem Ermessen verfahren können. Jeder sollte — so hieß es damals — ein Schmied seines eigenen Glückes sein und an kein anderes Gesetz gebunden als an den eigenen persönlichen Vorteil — den wirtschaftlichen Egoismus. Der freie Wettbewerb der Kräfte sollte die Ausbildung der Anlagen und Fähigkeiten des Menschen bewirken und zum höchstmöglichen wirtschaftlichen Fortschritt führen. Als Befreier des Volkes mit Jubel begrüßt, bahnten diese Ideen des alten Liberalismus vor hundert Jahren nach den Freiheitskämpfen auch in Deutschland sich den Weg. Bauernbefreiung, Gewerbefreiheit, Handelsfreiheit, Freizügigkeit, all dies und noch manches andere sind seine Errungenschaften, Ergebnisse seiner Tätigkeit. Und wenn die Anhänger dieses Liberalismus von dieser wirtschaftlichen Freiheit ein Aufblühen der Produktion erwarteten, so haben sie sich, wie der Gang der Dinge zeigt, gewiß nicht getäuscht. Die moderne Produktions- und Verkehrstechnik hat einen Aufschwung genommen, wie er ohne Beispiel da steht. Ich brauche darüber keine besonderen Beweise anzuführen, denn alles ist eigenes Erleben. Aber trotzdem mußte dieser Liberalismus, dieser übertriebene Individualismus, an sich selbst zu Grunde gehen. Der Glanz der industriellen Entwicklung blendete. Nicht rechtzeitig erkannte

man, daß ein solcher Kapitalismus, der entstand, auch seine großen Schattenseiten und üblen Folgen hatte. Ein abhängiger Lohnarbeiterstand wuchs heran, der bei überlanger Arbeitszeit und erbärmlichen Löhnen an eigenen Leibe die Rechte dieses Freiheitsbegriffes des alten Liberalismus verlor.

Diese absolute Freiheit des Einzelnen brachte keine Gleichheit und vor allem auch keine Brüderlichkeit. Hätte man nicht durch Organisationen und Sozialgesetze regulierend eingegriffen, eine Anarchie wäre die Folge dieses Systems geworden. Der damalige Liberalismus übersah nämlich, daß die Menschen von Natur nicht gleich sind, sondern nach Fähigkeiten und Anlagen verschieden. In diesem „freien Wettbewerb“ siegte der wirtschaftlich Stärkere über den Schwächeren, der geistig Tüchtigere über den Minderebegabten, wie sonst der Fleiß über den Faulen. Und besonders die Arbeiterschaft, die nur die Rechte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verspürte und kennen lernte, wurde ein Feind dieser liberalen Ideen und als der Ruf „Sozialismus“ erschallt, lockte sie dieser und sie begriffen den Sozialismus als den Bringer des Menschen Glückes. Eine Vergesellschaftung aller Produktionsmittel soll uns das Heil der Zukunft bringen. Ich gehöre zu denen, die die Notwendigkeit des Sozialismus anerkennen, aber nicht zu jenen, die alles Erdenglück von ihm erwarten.

Die soziale Not ist nicht aus einer Ursache entstanden; man darf deshalb auch nicht einseitig alles von einem Mittel

gen muß der Sozialismus dort einsehen, wo der natürliche Schutz der Menschenrechte ist vor Habgier und egoistischen Vermögensinteressen. Denn auch ich sage: Höchster Zweck und Wert des Staates ist der Mensch zu jeder Zeit! Menschheitsinteressen gehen vor Vermögensinteressen und über den Sachglutern steht der Mensch als Krone der Schöpfung. Arbeitsfähige, die nicht arbeiten wollen, brauchen auch nicht zu leben; aber jeder der arbeitet, ob mit dem Geist oder mit der Hand, soll menschenwürdig leben können.

Damit will ich die Frage des wirtschaftlichen Sozialismus verlaß. Ich beanspruche nicht, daß jeder sich meiner Ueberzeugung anschließt; aber der provisorische Minister des Innern von Württemberg sollte sich klar sein darüber, in welche Gefahren er das Volk bringt, wenn er in diesen bitteren Stunden erklärt, die jegliche Revolution war nur ein Anfang, eine größere kommt bald nach. Damit erzeugt er nicht den Geist, den wir brauchen, um unser deutsches Wirtschaftsleben über diese schlimme Uebergangszeit hinweg zu bringen, auch nicht jenen, der notwendig ist, um neue große Werte im Frieden zu erzeugen. Ein Banngeißel überkommt einen auch als Arbeiter, wenn man Menschen mit so wenig Verantwortungsgefühl an solchen wichtigen Stellen findet. Hoffentlich sind sie dort nur eine „vorübergehende Erscheinung“. Ich will keinem Menschen den Glauben an den Zukunftstaat nehmen; aber man hüte sich vor Demagogen, die Wirtschaftsordnungen mit Gewalt, mit Revolutionen glauben ändern zu können. Man bewahre sich einen gesunden Sinn, der auf den Weg der Reformen, der friedlichen Entwicklung uns verweist. Ich danke es den Sozialdemokraten der Mehrheitspartei und den Mitgliedern der freien Gewerkschaften, daß sie in dem Augenblick, wo das Geschehen unermesslich wurde, die Führung des Umsturzes unverantwortlichen Männern entziehen und somit viel Schlimmeres uns erspart haben. Aber eine Wirtschaftsordnung umzustürzen ist jedoch etwas anderes als Staatsformen und Verfassungen mit Hilfe der Truppen.

Jetzt handelt es sich um die Fragen der politischen Demokratie. Diese verlangt jede persönliche, politische und religiöse Ueberzeugung des Nebenmenschen zu achten und sich dann denken unter den Mehrheitswillen eines freien Volkes. Eine Diktatur des Proletariats lehnen wir ab, weil sie jeder wahren Demokratie widerspricht. Zudem ist ein Absolutismus von unten schlimmer für den Einzelnen und für das Menschenwohl gefährlicher als ein Absolutismus von oben. Mit Gewaltmitteln läßt sich eine Mehrheit keinen Willen aufzwingen. Nein, jetzt gibt es, alle Männer und Frauen, die sich auf den Boden der neuen Verhältnisse stellen wollen, zu sammeln, um die Wunden des Krieges zu heilen. Auch wir wollen an einer glücklicheren Zukunft der Menschheit mitarbeiten, aber nicht im Dienst einseitiger Parteinteressen. Arbeiterschaft und freiberufliches Bürgertum müssen in gegenseitiger Achtung und Anerkennung ihrer berechtigten Interessen zusammenstehen, um den Innenausbau von Neudeutschland zu vollenden. Nicht Terrorismus und Gewalt dürfen die Bausteine des neuen Staatsgebäudes sein, sondern die Vaterlandsliebe eines freien Volkes. Ein schöneres Deutschland wollen wir helfen errichten, trotz aller schweren Bedingungen des Kriegsausganges. Aber nicht ein Machtkampf der Klassen darf uns hemmen an der friedlichen Arbeit am Volk. Nein, allen Freunden eines freien, deutschen Volkes wollen wir mahnend zurufen:

Laßt uns sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr!

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine!

Aus verschiedenen Orten gehen uns von den Mitgliedern der Deutschen Gewerksvereine lebhaft Klagen zu, daß die Bekämpfung der neugeschaffenen Arbeiterräte in einseitiger Weise nur durch Angehörige der sozialdemokratischen Parteien er-

Wohnung und Krankheit.

Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Groß-Berlins.

Von Viktor Koada, ehrenamtlichem Geschäftsführer des Anmietvereins Groß-Berlin.

Die Wohnungsverhältnisse eines Volkes bilden einen guten Maßstab für seine Kultur. Somit darf ich mit gutem Recht die von Albert Kohn im Auftrag des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin bearbeiteten und herausgegebenen „Wohnungsuntersuchungen“ als Beitrag zur Kulturgeschichte Groß-Berlins bezeichnen. Das Bild, das sich aus den Tabellen des jeder erschienenen Bandes für 1917 mosaikartig zusammensetzt, ist ein schauerliches Dokument. Es beweist einen faktuellen Tiefstand, dessen sich Groß-Berlin schämen muß. Wer da ein wohlgeordnetes gesundes Heim besitzt, der mag vor diesem Bilde stehen wie hinabstuhelnd von einem von früher Luft und Sonne umspielten Größel in eine Schlucht, in der Verwesung stinkige Gase reibt. Sollte es ihn nicht erbarmen, wenn er sieht, daß Kleinräumlichkeiten — ihm gleiche Gehäuse — in der fürchterlichen Tiefe an hoffnungsloser Schlucht nach oben der Luft und der Sonne hinströben, die ihm dort oben wütig über Haar und Stirne freitreiben? Sei dies ein Appell an alle, die es bisher nicht so empfunden haben.

Schaut man an den Tabellen von Albert Kohn in die prozentualen Groß-Berliner Mietkategorien, die Massenräuber menschlicher Wohlfahrt, hinabschauend, sei daran erinnert, daß wir bei weitem noch nicht bis auf den tiefsten Grund des Elends gekommen sind, denn es sind ja von der Sozialversicherung noch immer an der Schwelle gebaltene Erzeugnisse, sind Leute, die ihre Versorgung haben, eine ordentliche Ewerbstätigkeit ausüben. Wenn Wohnverhältnisse wie an Hand der Kohnschen Untersuchungen lernen. Diese von Kohn festgestellten Fälle eines — Vessergeschehens unbegreiflichen — Wohnunsgelodes wiederholen sich schon in der breiten Schicht der selben Bevölkerungssituation hundertfach, und noch schlimmeres gibt es in der tieferen sozialen Schicht am Fuß der Gesellschaftspyramide.

Nur 1 v. H. der 183 757 verübergangend Erwerbsfähigen, die die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin 1917 zu untersuchen hatte, sind von den Krankenbesuchern und -beurteilern kontrolliert worden: nur 17 507 Patienten. Wir

dürfen uns deswegen nicht damit beruhigen, daß die Fälle ärztlich Wohnungselendes zum Teil nur vereinzelt von Kohn nachgewiesen sind, müssen uns vielmehr vergegenwärtigen, daß ihm eben nur die wenigsten von den vielen tatsächlich vorhandenen Fällen bekannt geworden sind. Und dennoch ist es ein schauerliches Bild, das uns aus seinen Zahlenreihen entgegenragt: 392 Kranke = 22 v. H. von den 17 507 (Kranken (!) müssen ihren Aufenthaltsraum teilen mit je 5 bis 7 und mehr Personen. 971 = 5,5 v. H. leben in Räumen von höchstens (!) 10 qm Bodenfläche. Kohn erinnert, daß die meisten Baugenossenschaften 12,18 qm als Mindestmaß sehen. In solch kleinen Räumen leben 283 Kranke zusammen mit noch 1 Person, 53 Kranke zusammen mit noch 2 Personen, 34 Kranke zusammen mit noch 3 Personen, 9 Kranke mit 4, 2 mit 5, 1 mit noch 7 Personen. Aber 10 qm Bodenfläche erscheinen begehrenswert denen, die in Wohnungen leben, deren fast zwei in die 10 qm hineinzupressen gehen! In Räumen von höchstens 6 qm Bodenfläche schlafen 49 Patienten allein, 15 zusammen mit je 1 Person, 3 mit zusammen je 2 Personen und eine Kranke zusammen mit 3 weiteren Personen: also 4 Menschen schlafen in einem Raum von 6 qm Bodenfläche und unter ihnen ein krankes Weib! In Räumen von 7 bis 10 qm Bodenfläche schlafen zusammen mit je 2 Personen 50 Kranke, zusammen mit je 3 Personen (also zu vieren) 33 Kranke, zusammen mit 4 Personen (zu fünfen) 9 Kranke, zusammen mit 5 Personen (also zu sechsen) 2 Kranke, zusammen mit 7 Personen (also zu achten) 1 Kranke. In einem Raum von 7 bis 10 qm Bodenfläche schlafen 8 Menschen, darunter 1 Kranke! Mit 7 und mehr Personen zusammen schlafen insgesamt 39 Kranke. Allein in einem Zimmer schlafen nur 25,6 v. H., also wenig mehr als der vierte Teil der kontrollierten Krankenpatienten.

In den kleinen Räumen von 6 bis 15 qm Bodenfläche ist es natürlich manchmal nicht möglich gewesen, so was wie ein Fenster in die Wand zu legen. Kohn weist uns 3 kranke Menschen nach, die in fensterlosen Räumen von 6 qm Bodenfläche, 14, die in fensterlosen Räumen von 7 bis 10 qm, 9, die in fensterlosen Räumen von 11 bis 15 qm Bodenfläche „mohnen“. Fensterlose Räume dienen insgesamt 32 Patienten als „Wohnung“. Denken wir an die Hunderte, die nicht in den Lichtkreis der sozialen Forderung treten! Nur 677 dunkle, schlecht belichtete Wohnräume zählte Kohn. Denken wir an die hunderttausende halbdunkeln, „muffigen“ Stuben, die als weltbekanntester Typ in ihrem vollständig gewordenen Namen

„Berliner Zimmer“ eine lebendige Anlage des unglücklichen Berliner Mietkasernenbausystems enthalten. 747 Kranke zählte Kohn, die in dunklen Räumen, 11 740, die in Räumen ohne Querlüftung leben.

Das Berliner Polizeipräsidium fordert für alle zum dauernden Aufenthalt für Menschen bestimmten Räume eine Mindesthöhe von 2,80 m, Kohn berichtet von 4193 Kranken (= 23,5 v. H.), die in niedrigeren Räumen haften. 33 Kranke haften in Räumen, die nur 1,95 m hoch sind. Selbst Kellerräume, die nur 1,60 m Höhe haben, dienen Kranken als Wohnung. In Kellerräumen überhaupt leben 388 Kranke; von diesen Kellerräumen waren 168, von 233 Dachwohnungen 128 weniger als 2,50 m hoch.

Zu der Enge und Dunkelheit dieser Krankenstuben kommt die Kälte. Von 13 Kranken (0,07 v. H.) berichtet Kohn, deren Wohnräume keinerlei Heizgelegenheit haben. 722 leben in feuchten Wohnungen. Eng, dunkel, niedrig, muffig, kalt und und feucht! Irgendwo las ich von „Lagerräumen für Menschen“!

Fast als Wohltat könnte man es da gelten lassen, wenn der Kranke nun nicht mal ein Bett für sich allein hat; eine grimmige Wohltat für wahr! 1531 Kranke (!) = 8,65 v. H. müssen ihr Bett mit anderen Personen teilen!

Die durch die Bettenstatistik enthüllten Tatsachen sind einfach schrecklich. Mag es noch hingehen, wenn ein Haushalt mit 3 Personen sich mit einem Bett behelfen muß (Vater, Mutter, Kind) — obwohl schon solch ein Behelf unter mannigfachen Gesichtspunkten selbstverständlich verwerflich ist —, aber Kohn berichtet von Haushaltungen, wo sich behelfen

4 Personen mit 1 Bett (2 Fälle),
5 „ „ 2 Betten (19 Fälle),
5 „ „ 1 Bett und 1 Kinderbett (1 Fall),
6 „ „ 2 Betten (1 Fall),
7 „ „ 3 „ (13 Fälle),
7 „ „ 2 „ und 1 Kinderbett (4 Fälle),
8 „ „ 3 „ (1 Fall),
9 „ „ 2 „ und 1 Kinderbett (1 Fall),
10 „ „ 4 „ (1 Fall),
11 „ „ 3 „ und 2 Kinderbetten (1 Fall).

Von 13-, 14-, ja von 16-köpfigen Haushaltungen berichtet Kohn, wo in schrecklicher Enge 2 oder mehr Menschen ein Bett miteinander teilen. Tuberkulose und mit anderen Infektions-

folgt sei und daß die Wahl nichtsozialdemokratischer Arbeiter in die Arbeiterräte als unzulässig bezeichnet würde. Wir sind diesen Klagen nachgegangen und können feststellen, daß bei der Wahl der Arbeiterräte an den verschiedenen Orten auch recht verschiedene Grundzüge angewendet worden sind. Während man stellenweise auch Arbeitervertreter der Gewerkschaften anerkennt, wie z. B. in Breslau, Duisburg, Hamburg u. a., sind sie an anderen Orten ganz ausgeschlossen worden.

Gegen eine solche un-demokratische Einseitigkeit gibt es unter den heutigen Verhältnissen leider kein Mittel. Es muß abgewartet werden, bis sich die hochgehenden Wogen geglättet und Ruhe und Besonnenheit wieder mehr Platz gegriffen haben, dann erst wird für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger die Bahn frei. Heute ist dies noch nicht der Fall. Trotzdem wiederholen wir unsere Mahnung an die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften, daß sie alle Maßnahmen unterstützen sollen, welche geeignet sind, Ruhe und Ordnung zu schaffen, das Wirtschaftsleben wieder in geordnete Bahnen zu lenken und die Volksernährung zu sichern. Wer zur Mithilfe aufgefordert wird, soll sich zur Verfügung stellen, und wo unsere Kollegen ihre Gleichberechtigung durchsetzen können, dort sollen sie es tun und uns von allen diesen Vorgängen baldigst Kenntnis geben.

Die Klagen unserer Verbandskollegen gehen aber noch weiter! Sie bringen zum Ausdruck, daß man stellenweise unsere Verbandskollegen in der Betätigung und Ausübung ihres Koalitionsrechts und ihrer Koalitionsfreiheit behindert, daß man ihnen vorredet, jetzt, nach der großen Umwälzung, müsse alles sozialdemokratisch werden, die Gewerkschaften würden aufgelöst und anderes mehr. Diese lediglich den Wünschen liberradikaler Heißsporne dienenden Behauptungen entbehren jeder Grund-lage und sind unbeachtet zu lassen. Wir haben in persönlicher Aussprache im Reichsfinanzamt die bestimmte Versicherung erhalten, daß diese Regierung die Koalitionsfreiheit aller Arbeiter anerkennt und zu schützen bereit ist und für jedermann in der Wahl seiner Organisation volle Freiheit gewährleistet ist. Aber auch ohne eine solche Zusicherung würden wir an alle unsere Verbandskollegen und Kolleginnen die eindringliche Mahnung richten, sich durch solche Redereien in ihrer Überzeugung nicht irre machen zu lassen, sondern jetzt in der neuen Zeit und im Zeichen einer neuen Freiheit erst recht für die Stärkung und Kräftigung der Deutschen Gewerkschaften einzutreten.

Laßt euch nicht beeinflussen! Bleibt der Gewerkschaft treu und fördert sie, wo ihr immer könnt! Die Deutschen Gewerkschaften werden auch in der Zukunft ihre Existenzberechtigung erweisen!

Der geschäftsführende Ausschuss.
Gustav Hartmann.

An die Arbeiter und Angestellten von Heer und Marine!

Der Waffenstillstand ist abgeschlossen und mit der Rückführung der Truppen hat die Entlassung bereits begonnen. Die Demobilisierung stellt das deutsche Volk vor eine gewaltige Aufgabe. Es gilt, für Millionen Unterkommenen und Lebensmittellieferanten sowie Arbeitslosen Arbeit zu schaffen. Dazu bedarf es der umfassendsten organisatorischen Vorarbeiten. Der gewerbliche Betriebsmechanismus muß von Kriegs- auf Friedensarbeit umgestellt werden. Das Transportwesen, die Arbeitsvermittlung, die Fürsorge für Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene muß rasch vervollkommen werden, so daß sie allen Ansprüchen genügen.

und parasitären Krankheiten behaftete Menschen leben in diesem Gedränge von heißen Leibern. Haushaltungen von 14 Personen mit 5 Betten und 3 Kinderbetten, von 16 Personen mit 8 Betten!

20 cbm Schlafzimmersluft werden als hygienisches Minimum für Erwachsene erachtet. Rohn zählt 3469 Kranke, die weniger haben: 42 Kranke — hierunter 10 Lungenleidende — müssen sich an 5 cbm statt 20 cbm (!) genug sein lassen. 541 Kranke — hierunter 288 Lungenleidende — müssen von 6 bis 10 cbm Luft in ihren Aufenthaltsräumen atmen. In fensterlosen Räumen leben 2 Kranke bei 5 cbm, 6 Kranke bei 6 bis 10 cbm, 3 Kranke bei 11 bis 15 cbm Luft pro Kopf.

Der große Würger Tuberkulose war nie so unerträglich wie jetzt, wo infolge der Auswanderung die Widerstandsfähigkeit der Organe stark vermindert ist. Wie Rohn berichtet, sind von den in ihren Familien lebenden, kontrollierten Kassenpatienten 26,45 v. H., von den in Schlafstellen hausenden 51,27 v. H. Lungenkrank. Rohn bemerkt, daß diese hohe Verhältniszahl auf Seiten der Schlafgänger um so beruuhigender ist, als die Schlafgänger aus leicht erklärlichen Gründen viel rascher als die im Heim ihrer Familie Lebenden ein Krankenhaus aufsuchen und viele Lungenkranke dieser Spezies infolge dessen bei der Statistik nicht in Erscheinung treten. Sie sind eine furchtbare Gefahr, diese als Fremdkörper in die familiäre Wohngemeinschaft eindringenden, kurzfristig wechselnden Familienfremden. In meiner Schrift „Schlafstelle und Chambre garnie“ („Kultur und Fortschritt“ Nr. 422/24) habe ich die gesundheitlichen und sittlichen Anfechtungen, die der Familie aus dem „Übermieten“ entstehen, eingehend dargestellt. Wer möchte sich nicht hinter die Forderung Rohns stellen, die infektionskranken Mieter aus der Wohngemeinschaft mit der Familie des Vermieters zu entfernen, sie in Krankenhäusern bezw. Tuberkulosehäusern unterzubringen?

41 an Lungen- und sonstigen Infektions- und parasitären Krankheiten Leidende wohnen in Küchen. Insgesamt wohnen 308 von den kontrollierten Kranken in Küchen, 1503 in Wohnungen, die nur aus einer Stube oder einer Küche bestehen. Diese Wohnungen liegen nun zum Teil in Hinterhäusern.

Berliner Hofwohnungen! Aus dunkeln, engen, von Menschen überfüllten, von Kindergebrüll dröhnenden Wohnungen quillt es atembrechend: Küchendünste, Krassen von Kochender Wäsche, Fenstrauch und Tabakqualm, gasige Absonderungen. Ein Gemenge von Küchen-, Stuben- und Abortdunst

Die Arbeitsbeschaffung, die Wohnungsfürsorge für die heimkehrenden Krieger und deren Familien erfordern beschleunigte Lösung.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich der Volksregierung für die Demobilisierung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Ihre weiterverwirklichte Organisation, ihre im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben geschulten Verwaltungen können vieles zur raschen Ueberführung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft beitragen, sofern ihnen ohne Verzug die benötigten Kräfte vom Heeresdienst freigegeben werden. Die Gewerkschaften brauchen diese Kräfte dringend und sie erwarten von der Einsicht aller Arbeiter und Angestellten in Heer und Marine, daß der sofortigen Entlassung der hier unentbehrlichen Organisatoren in die Heimat keine Schwierigkeiten bereitet werden. Es braucht keiner zu fürchten, daß er zu spät zur Entlassung kommen könnte. Die deutschen Arbeitgeberverbände haben sich den Gewerkschaften gegenüber vertraglich verpflichtet, jeden Arbeiter und Angestellten wieder an seinem vor dem Kriege innegehabten Platz zu beschäftigen.

Meldet Euch daher sofort nach der Rückkehr in Euren Heimatsort bei den Gewerkschaften an, die für Euer Recht eintreten.

Die Gewerkschaften appellieren ferner an Euch, dafür zu sorgen, daß die militärische Demobilisierung sich in Ruhe und Ordnung vollzieht. Wartet Eure ordnungsmäßige Entlassung ab! Eure Stelle wird Euch freigehalten. Jede Auflösung der Disziplin, jede Durchbrechung der geordneten Rückführung gefährdet das Wohlbefinden der Heimat, die Euch Wohnung, Brot und Arbeit sichern will.

Beweist jetzt, daß Ihr auch im Soldatenrock Bürger eines freien Volksstaates seid. Sorgt für Ordnung!

Im Auftrag der sämtlichen gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände:

- Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: (gez.): C. Legien.
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften: (gez.): A. Stegerwald.
Verband der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.): (gez.): G. Hartmann.
Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände: (gez.): A. Dechln.
Freie Angestelltenverbände: (gez.): S. Kuffhäuser.
Technische Verbände: (gez.): Dr. Höfle.

Vereinbarung zwischen den Arbeiterorganisationen und Arbeitgeberverbänden.

Am 15. November 1918 ist zwischen den Arbeiterorganisationen und den großen Unternehmer- und Arbeitgeberverbänden folgender Vertrag zustande gekommen:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sog. wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung im vollen Umfange durchgeführt werden kann.
5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen

hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der dies zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse resp. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmäß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen, sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der schwer Kriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden betriebsseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweiter gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatlichen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Diese Vereinbarung gilt auch für alle Betriebe des Holzgewerbes und es ist überall darauf zu achten, daß sie durchgeführt wird und für die Arbeitszeitverkürzung der entsprechende Lohnausgleich erfolgt. Am 26. Novbr. finden in Berlin zentrale Verhandlungen für das Holzgewerbe statt, die nähere Bestimmungen über die Mindestlöhne festlegen und über die künftige Arbeitsgemeinschaft im Holzgewerbe Beschlüsse fassen wird. Das Weitere wird noch bekannt gegeben.

Ein Stück Wohnungsreform, das nichts kostet.

Es ist in der gegenwärtigen bedrängten Zeit gewiß ein Vorteil, wenn man Wünsche weiter Bevölkerungskreise erfüllen kann, ohne daß es einen was kostet. Das ist aber bei einem nicht so ganz unwichtigen Stücke der Wohnungsreform zur Zeit der Fall. Noch immer bestehen nämlich die altersgrauen Vorschriften, die den Lehrern und Beamten vorschreiben, daß sie ihren Wohnsitz im Gemeindebezirk ihrer Amtstätigkeit haben müssen. Damit werden die Lehrer und Beamten, insbesondere in den großen Städten, in vielen Fällen auf teure und ungünstige Wohngegenden angewiesen, während sie in den Vororten viel günstiger wohnen könnten. Namentlich auch für die heranwachsende Jugend ist das ein großer Nachteil. Die Vorschrift mag berechtigt gewesen sein, zu einer Zeit, wo die Entwicklung der Städte ebenso wie die des Verkehrswezens viel geringer waren. Heute soll die andere Regelung platzgreifen, daß der Lehrer und Beamte lediglich gehalten ist, seine Wohnung so zu wählen, daß die Interessen des Dienstes nicht darunter leiden. Der Verband deutscher Beamtenvereine ist deshalb neuerlich wegen Aufhebung dieser sogenannten Residenzpflicht oder Wohnpflicht der Lehrer und Beamten bei den zuständigen Behörden vorstellig geworden. Es wäre lebhaft zu wünschen, daß diese Bestrebungen jetzt endlichen Erfolg hätten.

staut sich zwischen den ragenden Mauern, die wie zu einem Schacht eng aneinander gerückt sind; es lastet über den paar Quadratmetern in der dunklen Tiefe, die man euphemistisch „Hof“ nennt und wird allmählich zur Deckung hoch oben an den Dachstücken hinausgedrückt. Und doch sind die auf diesen Schacht hinausführenden Fenster wie Mäuler atemlos geschlossen. Leben doch — wie Rohns Tabellen zeigen — in den Hofwohnungen die Menschen viel enger zusammengedrängt als in den Vorderhäusern. Hier finden wir wahre Herde der Tuberkulose. Von 4567 an Lungen-, Infektions- und parasitären Krankheiten Leidenden haben nur 1789 tagsüber Aufenthalt in den Schlafzimmern, 1149 nachts Schlafzimmern für sich allein. 2778 müssen den Tagesaufenthaltsraum, 3418 nachts den Schlafraum teilen mit bis zu mehr als hundert Personen. Laut einer von Rohn zitierten Zählung Kaiserlings nahm der Stadtkreis Berlin 1910 mit einer Tuberkulosesterblichkeitsziffer von 21,83 auf je 10 000 Lebende die ungünstigste Stelle im Verhältnis zu den Regierungsbezirken Preußens ein. Rohn verweist auf die wissenschaftlich erwiesene Tatsache, daß die Tuberkulosesterblichkeit um so größer ist, je dichter die Wohnungen bewohnt sind, und er sagt, daß schon unter diesem Gesichtspunkt die Wohnungsfrage eine gewaltige nationale Bedeutung gewinnt. „Es ist notwendig“, schreibt er, „daß wir uns jetzt, in einer Zeit, wo Millionen von Männern in der besten Kraft ihrer Jahre in Ost und West dahingerafft werden, wo man endlich den Wert jedes einzelnen Menschenlebens schätzen gelernt haben dürfte (Wirklich? W. N.), der Gefahren erinnern, die uns in der Heimat harren.“

Was hier von der Tuberkulose als Mietkassen-Krankheit gesagt ist, gilt mutatis mutandis auch von der Säuglingssterblichkeit. Nach Grotjahn steigt die Säuglingssterblichkeit im August für die westlichen Vororte auf 28,15, für Berlin auf 40,90 v. H.

Welch furchtbare gesundheitliche und sittliche Gefahr liegt nicht in der Massenfrequenz der Klosette in Mietkassen. Rohn berichtet, daß 8922 Patienten Klosette benutzen müssen, daß bis zu 41 und mehr Personen auf ein (!) Klosett angewiesen sind. Müssen nicht die feineren, edleren Schamgefühle, die die Grundlage unserer vielgepriesenen Ethik sind, in solchen Verhältnissen zugrunde gehen? — Berlin als Reichshauptstadt soll doch erzieherisch wirken. Zwei Drittel (65,30 v. H.) der in die Rohnsche Statistik einbezogenen Menschen

sind von außerhalb zugezogen. Der herdenhafte Betrieb für Menschen wird ihre Sitten nicht verfeinern, sondern verrohen.

Wo in Berlin wohnen nun vorzugsweise diese unglücklichen Menschen? 37,9 v. H. wohnen im Norden, 12 v. H. im Osten. „Es sind“, schreibt Rohn, „die großen Arbeiteriertel mit ihren Mietkassen und den zahlreichen Hinterhäusern, wo die meisten unserer Kranken zu finden sind, diejenigen Bezirke, die uns stets Anlaß zu größten Bedenken geben mit ihren hohen Behausungsziffern, denen gewöhnlich auch die Dichtigkeit in der Belegung der einzelnen Wohnungen entspricht.“ Auffallend und vielleicht kein Zufall ist es, daß 60 v. H. der verwaisten Häuser, in denen die dem Bericht beigegebenen photographischen Wohnungsaufnahmen gemacht sind, von Frauen (Rentieren, Privatieren) bewirtschaftet werden. Haus-eigentümer und Verwalter, die derartige Zustände einreifen lassen, sollten strafrechtlich verfolgt werden. Sei der großen Bedeutung der Wohnungsverhältnisse für die öffentliche Sittlichkeit und Gesundheit sollte die Bewirtschaftung von Mietkassen mit einer strafrechtlich verfolgbaren Verantwortlichkeit vor der Öffentlichkeit verbunden sein.

Wieder einmal ist der Beweis geführt, daß das Mietkassenwesen ein Krebsgeschwür am Volk und die Groß-Berliner Siedlungs- und Wohnungsfrage eine der brennendsten Fragen unserer Zeit ist. Die Organe der Sozialversicherung sind vor allem berufen, helfen zu helfen. Die Träger der Arbeiterversicherung müssen sich bedeutend mehr um die Wohnungsfrage kümmern, als dies ganz besonders die Krankenkassen bisher getan haben. Nach dem den großen Städten die Errichtung von Wohnungsämtern zur Pflicht gemacht ist, sollten die Krankenkassen mit diesen Hand in Hand arbeiten, sie aufmerksam machen auf Mißstände, wovon sie durch ihre Krankenbesucher und -besucherinnen Kenntnis bekommen. Die Krankenkassen können auch den Bau von Kleinwohnungen durch Gewährung von Hypothekendarlehen aus ihrem Reservefonds fördern. Die Aufsichtsbehörden werden sicherlich auch kleineren Kassen eine Vermögensanlage in Teichwiesen gestatten.

Die Wohnungsfrage ist brennend. Wohlberaten, kann sie zur Leuchte werden auf dem Wege der Sozialpolitik; vernachlässigt, wird sie zur Brandfackel, der auch Erhaltungswertes zum Raube fallen könnte.

Aus den Ortsvereinen.

Schweidnitz. In einer am 10. November stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung hatten wir die Ehre, unsere Hauptvorstehenden, Kollegen Schumacher Berlin begrüßen zu können, der uns einen Vortrag hielt. Der Redner hatte sich eigentlich das Thema „Die deutschen Gewerkschaften in der Entwicklung der neuen Zeit“ gestellt, beschäftigte sich jedoch angesichts der in den letzten Tagen eingetretenen politischen Ereignisse mehr mit diesen und gab uns ein klares Bild von dem wie das deutsche Volk befindet. Daß diese eine solche ist, die keinen Grund zu froher Stimmung gibt, darin mußte ihm leider recht gegeben werden. Dabei verwies er insbesondere auf die uns von unseren Feinden gestellten Waffenstillstandsbedingungen hin (Diese wurden durch die zum vorher eingegangene Drepelche durch Herrn Redakteur, Wieder der Versammlung vorgelesen.) und führte den Zuhörern die Folgerungen daraus einbringlich zu Gemüte. Eine große Gefahr für unser wirtschaftliches Leben liegt in der durch die schnelle Räumung der besetzten Gebiete bedingten plötzlichen Heimkehr der Millionen von Kriegern, die alle gewonnenen Demobilisationspläne über den Haufen werfen. In eindringlichen Worten riefte Kollege Schumacher an alle Gewerkschaften die Mahnung, sich vor bolschewistischen Plänen zu wahren und den heimkehrenden Kriegern bei der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit behilflich zu sein, damit jene bald wieder in ein geregelteres Leben eintreten können. Ruhe und Ordnung sei, so betonte der Redner mehrmals, besonders deshalb notwendig, um unsere Ernährung nicht zu gefährden. — Die Ausführungen des Kollegen Schumacher blieben bei allen Zuhörern auf fruchtbaren Boden gefallen. Vor dem er erwiderte den vollen Beifall der Versammlung. Die Versammlung, an welcher auch einige Verbandskollegen, sowie Gäste aus der Bürgerschaft teilnahmen, war infolge verschiedener Umstände nicht so zahlreich besucht, wie sie es hätte sein sollen, denn der ausgezeichnete Vortrag hätte noch von vielen, vielen gehört werden müssen.

Schweidnitz. Von den Vertrauensleuten der organisierten Arbeiter (Drei Gewerkschaften und Hirsch-Dunderische Gewerkschaft) wurden in einer am 12. November abgehaltenen Versammlung die Wahlen der Arbeitervertreter zum Bürgerausschuß vollzogen. Zu wählen waren 9 Vertreter, 6 Gewerkschaftler und 3 Gewerkschaftler. Von unserer Seite wurden gewählt die Kollegen: Tischler August Winkler, Bretschneider Josef Michael, Schlosser Georg Beerensdorf. — Mit dem Wunsche, daß der Ausschuß gute und erfolgreiche Arbeit leisten möge, schloß der Leiter die Versammlung.

Aus der Rechtsprechung.

Unfälle von Forstarbeitern auf dem Wege zur Arbeitsstätte sind keine Unfälle beim Betriebe. Der Forstarbeiter J. in C. war auf dem Wege zwischen seiner Wohnung und dem Staatsforstrevier wiederholt mit

dem Fahrrad zu Falle gekommen, hatte sich verletzt und forderte Unfallentschädigung. Sein Anspruch wurde vom Rgl. Sächsischen Landesversicherungsamt (Entscheidung vom 3. Febr. 1917 Urz. Nr. 6 U/St.) abgelehnt und zwar mit folgender Begründung:

Eine Finanzministerielle Verordnung weist zwar im Interesse der Forstverwaltung auf der Erhaltung eines ständigen und darum geübten Arbeiterpersonals die Forstbehörden an, allen Waldarbeitern, die zur Arbeitsstätte einen Anmarsch von über 5 Kilometer haben, eine Vergütung in Höhe mindestens eines Stundenlohnes zu gewähren. Damit wird aber nicht verfügt, daß und inwieweit der Weg den Waldarbeitern dem forstwirtschaftlichen Betriebe zuzurechnen ist. Diese Frage ist lediglich nach den einschlagenden gesetzlichen Vorschriften zu beantworten. Danach muß ein körperlich schädigendes Ereignis, um als Betriebsunfall gelten zu können, mit dem Betriebe in einem inneren ursächlichen Zusammenhang stehen. Deshalb haben das R. V. A. und das L. V. A. in ständiger Rechtsprechung angenommen, daß die Wege, die wie in vorliegendem Falle der Weg des Klägers, lediglich dem Zugange des versicherten Arbeiters zur Betriebsstätte von seiner außerhalb liegenden Wohnung und der Rückkehr von jener zu dieser dienen, regelmäßig dem Betriebe nicht zuzurechnen sind. Derselben Grund sage gelten auch für Land- und Forstarbeiter. Nur ist zu Gunsten der letzteren von der Rechtsprechung der Begriff der Arbeitsstätte im allgemeinen räumlich weiter als am gewerblichen Gebiete gefaßt und darunter in der Regel der gesamte Forst verstanden worden. Die Unfälle, bei denen der Kläger körperlich beschädigt worden ist, haben sich aber außerhalb des Staatsforstreviers ereignet.

Patentkammer.

Mitgeteilt vom Patent-Büro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. — Auskünfte kostenlos.

Erteilte Patente:

- Rl. 34/19. 308 676. Zerlegbarer Schrank. Agnes Lubascher, geb. Mahkopf, Spandau, Rotsdammerstr. 26. Angem. am 13. 2. 17.
- Rl. 54/6. 308 703. Maschine zum Auftragen von Leim. Stokes u. Smith Company, Summerdale. W. St. A. Angem. am 18. 5. 15.

Angeworbene Patente:

- Rl. 34/19. 44 867. Zusammenklappbarer Kinderstuhl. Paul Rohrbach, Breslau, Grajeustraße 11. Angem. am 25. 5. 17.
- Rl. 35/6. 29 898. Holzdruckbank. Heinrich Wisinger, Berlin, Friedrichstraße 4.
- Rl. 34/7. 64 933. Tisch mit seitlich und in der Höhe verstellbarer Klapp-Platte. Friedrich Klanten, Böttrop i. Westf. Angem. am 30. 10. 17.
- Rl. 38 k. 6. 62 696. Holzschneidmaschine für Holz und dergl. Jakob Knappich, Augsburg, Fröhlichstraße 8. Angem. am 24. 7. 16.
- Rl. 38 b. 4. 45 025. Bohrmaschine zur Holzbearbeitung. Jüdisch Goldstein, Dürdenstraße 6 und Gustav Potta u. Adolf Günther, Naumnstr. 69, Berlin. Angem. am 24. 3. 17.

Literatur.

„Führende Stimmen zur Arbeiterbewegung“, aus Beer, Flotte, Gesundheitspflege, Verwaltung, Philosophie, Geschichte, Kunst, Wohnungsreform. Verlag Bodenreform, Berlin NW. 23. Preis 50 Pf. Wie stehen wir zu denen, die wir in der Not Brüder und Kameraden genannt haben, wenn sie wiederkehren? Sollen in vielfach verschärfte Weise die furchtbaren Verhältnisse von 1871 wiederkehren, als die heimkehrenden Landwehrleute mit Frau und Kind in Elend und Obdachlosigkeit versanken, Erschießungen, die zu den schwersten inneren Erschütterungen geführt haben? Wer das nicht will in dieser furchtbar ernsten Zeit, der kümmere sich um die deutsche Arbeiterbewegung. Eine gute Einführung sind diese Zeugnisse.

Alle Ortsvereine.

Alle Ortsvereine werden ersucht, in diesen schwierigeren Tagen die Interessen der Ortsvereine nicht unberücksichtigt zu lassen. Vor allem unterrichtet den Bezirksleiter und die Hauptverwaltung über besondere Ereignisse am Ort und im Ortsverein. In Treue zum Gewerkverein bewahre jedes Mitglied ruhiges Mut und einen gesunden Sinn.

An die Empfänger der „Eiche“.

Jede Veränderung in der Zahl der zu liefernden Exemplare ist so rechtzeitig zu melden, daß sie noch vor dem Druck der Zeitung berücksichtigt werden kann. Die Papiernappheit verlangt, die Auflage der „Eiche“ nur so groß zu lassen, als es notwendig ist. Jede Adressenänderung des Empfängers der „Eiche“ bringe man auch gleich zu unserer Kenntnis. Redaktion und Expedition der „Eiche“. Ulm a. D., Reichardtstraße 14.

Die Postbesitzer werden gebeten, bei dem Ausscheiden oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer stets nur an den Briefträger oder die zuständige Postanstalt zu wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

Das regelmäßige Einkassieren der Beiträge ist eine zwingende Notwendigkeit des Vereines. Es werden dadurch Kontanten und die damit zusammenhängenden Austritte aus der Organisation vermieden.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszahl ist der 48. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig.

Anzeigen.

Für den Inzerenten ist die Redaktion den Befehlen gegenüber nicht verantwortlich.

Vereinigte Ortsvereine der Holzarbeiter (H.-V.) Groß-Berlins.

Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, findet im **Verbandshaus, Greifswalderstraße 222** **Allgemeine Mitgliederversammlung** der vereinigten Ortsvereine von Groß-Berlin statt.

In Anbetracht der Wichtigkeit ist es Pflicht eines jeden Kollegen dort zu erscheinen.

Der Vorstand der Lokalverwaltung.

Sportschlitten-Anfen!

Eiche, gebogen, prima Ware. 100 120 140 160 cm Holzlänge. 4.- M. 4,50 M. 5.- M. 5,75 M. für ein Paar.

W. Walther, Dresden 22, Rehfelderstr. 51. **Bohrschiffkonto: Leipzig Nr. 34827.**

Kollegen, schützt Frau und Kinder

ist den Fall eines frühzeitigen Todes, **sorgt**

Für Euer Alter sowie für die Ausbildung und Aussteuer eurer Kinder bei unglücklichen Volkswirtschaften. — Alle Gesinnungtreuen den Versicherten zu.

Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften H.-V.

Verlangt kostenlose Auskunft bei unseren örtlichen Verwaltungsstellen oder im **Verbandshaus Berlin NO. 55, Greifswalder-Str. 221/222.**

Frankfurt a. M. Das Arbeitssekretariat und der Arbeitsnachweiser der deutschen Gewerkschaften befindet sich Deutscherhof 29. — Durchgehende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.

Essen (Ortsverband) Durchgehende Gewerkschaftler erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Arbeitsnachweiser p. Schiener in Oryzian, Glogerstraße 10. Arbeitsnachweiser ebenfalls.

Der Gewerkverein der Holzarbeiter Deutschlands

Bezweckt den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf dem gesetzlichen Wege der freien Berufsorganisation. Namentlich erstrebt er die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse insbesondere des Lohnes und der Arbeitszeit, wirksamsten Schutz für Leben, Gesundheit und Eithlichkeit, Fürsorge für alle Notlagen des Arbeiterlebens und angemessene Vertretung gegenüber dem Unternehmertum und dem Staate.

- Für den Beitrag von 50 Pf. pro Woche wird gewährt:
- 1. Rechtsschutz in gewerblichen Klagesachen, auch freie Vertretung vor Gericht.
- 2. Streik-, Ausberrungs- und Maßregelungsunterstützung bis 18 M. pro Woche, je nach der Dauer der Mitgliedschaft.
- 3. Arbeitslosen-Unterstützung in der Höhe von 6 bis 12 M. pro Woche je nach der Dauer der Mitgliedschaft. Höchstsumme 120 M. im Jahre.
- 4. Wander- und Reiseunterstützung von 2/4 Pfg. pro km bis 1000 km.
- 5. Ueberlebungsbeihilfe von 10 bis 60 M. je nach Dauer der Mitgliedschaft. Außerdem für die Frau und jedes Kind von 10 bis 14 Jahren 2 Pfg., und für jedes Kind von 4 bis 10 Jahren 1 Pfg. pro km.
- 6. Eine Begräbnisbeihilfe von 25 M. steigend bis 60 M.
- 7. Kostenlose Vertretung in Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallfällen, selbst vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin.
- 8. Die Gewerkvereinszeitung „Die Eiche“ erhalten die Mitglieder unentgeltlich. Ebenso steht ihnen die Benutzung der Ortsvereinsbibliothek frei.
- 9. Hilfe in besonderen Notfällen durch die Ortsvereine.
- 10. Unterstützung in Krankheits- und Todesfällen nach besonderer Beitragsleistung.

Diese Unterstützungen werden nicht gegeneinander aufgerechnet. Weibliche Mitglieder, sowie Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zu 17 Jahren zahlen nur 25 Pfg. Beitrag pro Woche, wofür sie die Hälfte der vorgenannten Unterstützungsfälle erhalten.

Der Gewerkverein ist parteipolitisch unabhängig und religiös neutral. Kollegen und Kolleginnen!

Wer im Leben vorwärts kommen will, muß organisiert sein. Wer mithelfen will, die Arbeiterlage zu verbessern, der melde sich und trete dem Gewerkverein bei.

Der Sitz des Gewerkvereins ist in Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/222.

Hilberath a. Rh. Herberge im „Rotes Ochsen“, Unterführung von 1. M. bei Martini, Hirschbergstraße 18.

Berlin. Gewerkschaftsvereiner und Herberge im Verbandshaus Greifswalderstraße 221/222. Karten bei allen Ortsvereinscaffieren.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegelder erfolgt nun auf dem Arbeitersektoriat der Gewerkschaft Bremen, Dittmerstr. 3.

Burg in Böhmen. Durchgehende Gewerkschaftler erhalten ein Nachlager und frühstück oder eine kleine Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes der internationalen Arbeitervereinigungen, Elsbethstraße 8.

Leipzig. Herberge und Unterführung im **Verbandshaus Stadt Hannover**, Seeburgstraße 25/27.

Ortsverband Sellenstrasse. Diskussionsabend, Sitzung jeden Mittwoch 8 Uhr abends, im Lokal Kasper Simon, Sellenstrasse, Alter Markt 16.

Wandau (Ortsverband). Durchgehende Gewerkschaftler erhalten 75 Pfg. Ortszuschuß beim Kollegen Kainowski, Halmstraße 1.

Wögan (Ortsverband). Durchgehende Gewerkschaftler erhalten 75 Pfg. Ortszuschuß beim Kollegen Unglaube, Prusastraße 39.

Wojen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinscaffieren und bei Verb.-Kass. Mänker, Waffelstr. 26.

Wobben (Ortsverband). Durchgehende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortszuschuß bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Ulm a. D. Arbeitsnachweiser und Unterstützung auf dem Sekretariat der Gewerkschaften, Reichardtstraße 14.

Worms. Durchgehende arbeitslose Kollegen sollen ein Ortszuschuß von 75 Pfg. im Verbandshaus „am Rhein“, Reichardtstr. 4.